

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 4. September 2006

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

3. Sitzung vom Montag, 4. September 2006, 19.00 bis 22.05 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus

Anwesend: Gemeinderat
26 Mitglieder

Stadtrat

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Mark Eberli

Hanny Guyer (ab Traktandum 2)

Hanspeter Lienhart (ab Traktandum 3)

Max Nievergelt

Entschuldigt: Jürg Rothenberger
Andrea Schmidhauser
Stadtrat Jürg Hintermeister
Stadtschreiberin Ruth Ledergerber

Vorsitz: Rosa Pfister-Kempf

Protokoll: Roger Suter, Ratssekretär

Weibeldienst: Gino Taiana, Stadtweibel

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates, das Publikum und die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.

Anstelle des entschuldigten Jürg Rothenberger amtet **Willy Wüthrich** als Stimmzähler.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Traktandenliste

Zur rechtzeitig zugestellten Traktandenliste werden keine Änderungen beantragt. Sie lautet:

1. Protokoll der Sitzung vom 26. Juni 2006
2. Geschäftsbericht 2005
3. Jahresrechnung 2005
4. Rücklagen und Rückstellungen 2005
5. Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates
6. Stadthalle Allmendstrasse 8 – Erneuerungsarbeiten (5. Sanierungsetappe) – Kredit von 795'000 Franken
7. Einbürgerungsgesuche
 - a) Kryeziu-Dzelilovic Enver und Zuhra, mit Mihrija und Mirsad (Serbien und Montenegro)
 - b) Dodevski-Jakimovska Dimitar und Stojka (Mazedonien)
 - c) Dimitrijevic-Bozinovic Miroslav und Zaga (Serbien und Montenegro)
 - d) Morina Naim, mit Lorena und Dion (Serbien und Montenegro)
 - e) Beganovic-Jukic Asima und Asmir, mit Adnan, Aida und Armina (Bosnien und Herzegowina)
 - f) Margaranovic-Jankovic Randjel und Ruzica, mit Dalibor (Serbien und Montenegro)
 - g) Sipic Besim (Bosnien und Herzegowina)
 - h) Wang Jiansheng und Huang Xin (China)
 - i) Altuntas-Ercan Sevket und Fatma, mit Bircan Merve, Büsra und Besir Erdem (Türkei)
 - j) Sener, Hakan (Türkei)
8. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
9. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Anfrage Matthias Schwank und Mitunterzeichner vom 4. September 2006 betr. „Verkehr in Bülach Süd“. Wortlaut:

„Ausgangslage

1. Das Allmendquartier musste seit der Eröffnung der neuen Einkaufszentren in Bülach Süd eine Verkehrszunahme verzeichnen. Wie der Presse zu entnehmen war und wie der Gemeinderat teilweise durch den Stadtrat informiert wurde, sieht ein neues Verkehrskonzept des Stadtrates nun vor die Verkehrsströme so zu leiten, dass die Situation im Allmendquartier verbessert werden kann. Zu diesem Zweck soll parallel zur Feldstrasse eine neue Strasse (Ifangstrasse) gebaut werden, der Kreisel an der Grenzstrasse durch eine Lichtsignalanlage ersetzt werden und auf der Feldstrasse (und Ifangstrasse) neu Einbahnverkehr eingeführt werden. Laut Stadtrat werden



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

bis zur endgültigen Realisierung acht Jahre verstreichen. Die Kosten des ganzen Projekts werden zweifellos hoch sein.

2. Völlig unbefriedigend ist die Situation in Bülach Süd für den Langsamverkehr (Fussverkehr und Fahrradverkehr). Die Erreichbarkeit der Einkaufsmöglichkeiten in Bülach Süd durch Fussgänger/Innen und Fahrradfahrer/Innen ist sehr schlecht. Radwege fehlen an der Feldstrasse vollständig, Fussgängerstreifen im Bereich der Einkaufszentren weitgehend. Ausserdem ist ein Trottoir an der Feldstrasse nur einseitig vorhanden. Des Weiteren ist der neue Fussweg über den Rietbach für Fussgänger/Innen kaum benutzbar, da er ohne Verbindung an der Feldstrasse endet und für ältere Leute, Behinderte oder Mütter und Väter mit Kinderwagen einer Sackgasse gleichkommt. Zusätzlich fehlt an der Allmendstrasse auf der Höhe des Erlenweges seit der Neugestaltung des Rietbaches ein Fussgängerstreifen, was die Erreichbarkeit des Einkaufsgebiets für den Fussverkehr ebenfalls beeinträchtigt.

Fragen

1. Welche Kosten werden schätzungsweise etwa anfallen für den Rückbau des Kreisels, die Installation der neuen Lichtsignalanlagen, den Bau der Ifangstrasse und die Signalisationsänderung für das Einbahnregime? Welchen Anteil davon wird die Stadt Bülach übernehmen müssen?
2. Sind kostengünstigere und/oder schneller zu realisierende Massnahmen möglich, um den Verkehr vom Allmendquartier fernzuhalten? Wurden solche Varianten, wie z.B. Temporeduktionen oder Einbahnteilstück an der Feldstrasse zwischen Allmendstrasse und Erachfeldstrasse oder weitere Varianten vom Stadtrat geprüft? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
3. Welche konkreten Massnahmen sind im Verkehrskonzept, das bis in acht Jahren umgesetzt werden soll, vorgesehen zur Förderung des Langsamverkehrs? (Radwege, Gehsteige, Fussgängerstreifen)
4. Sieht der Stadtrat auch kurzfristige Massnahmen vor, um die Erreichbarkeit der publikumsintensiven Einrichtungen in Bülach Süd für den Fussverkehr, den Fahrradverkehr und Rollstuhlfahrerinnen zu verbessern? Wenn ja, welche?"

Frist zur Beantwortung: 4. November 2006 (Art. 42 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates).



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 26. Juni 2006

Das Protokoll der Sitzung vom 26. Juni 2006 wird einstimmig genehmigt und dem Verfasser verdankt.

Traktandum 2

Geschäftsbericht 2005

Die Fachkommission III hat den Geschäftsbericht 2005 geprüft. **Jakob Briner** findet den Gesamteindruck gut. Der Bericht sei professionell gestaltet, übersichtlich und informativ und der Text sei gut mit Bildern aufgelockert worden. Die meisten Anregungen der letzten Jahre seien berücksichtigt worden. Es gebe nur wenig zu kritisieren:

- Das Gemeinderatsbüro werde namentlich aufgeführt. Man könnte dies auch bei den Fachkommissionsmitgliedern tun.
- Auf Seite 21 und 25 wäre eine Bildlegende für den Zusammenhang zum Bild dienlich.
- Die informativen Statistiken im zweiten Teil könnten gut als Kennzahlen in die Rechnung oder ins Budget übernommen werden. Das würde die Arbeit der Fachkommissionen erleichtern.
- Auf Seite 69 könnte man bei den „übrigen Ländern“ deklarieren, welche Länder es seien.

Der Geschäftsbericht zeige, dass die Stadt viele wichtige Aufgaben wahrnehme und gut funktioniere. Er dankt Stadtrat und Verwaltung für die Arbeit und beantragt Genehmigung.

Die SVP-Fraktion kam laut **Heinz Kousz** zum selben Schluss wie Jakob Briner. Der Bericht sei aufschlussreich, die Anregungen aus den Vorjahren seien eingeflossen. Der Geschäftsbericht sei ein gutes Informationsmittel.

Edith Planta dankt namens der EVP-Fraktion für den gelungenen Geschäftsbericht: „Der Geschäftsbericht zeigt neben nicht erreichten Zielen oder Fehlentwicklungen auch Lichtblicke auf. Als nicht erreichtes Ziel wiegt sicher, dass die Steuerkraft in Bülach bisher nicht nachhaltig erhöht werden konnte. Hier wäre ein Hinweis aufschlussreich, dass das durchschnittliche Einkommen der Bülacher Bevölkerung im Vergleich zu den Zürcher Gemeinden in einem tiefen Bereich liegt. Ungutes lässt die Zunahme des Drogen- und Alkoholkonsums von Kindern und Jugendlichen erahnen. Als Folge davon verzeichnet die Stadtpolizei eine erhöhte Präsenz wegen Vandalenakten. Ein Lichtblick war die Entwicklung im Sozialbereich. Die düsteren Prognosen über die stark steigenden Sozialfälle haben sich im 2005 erfreulicherweise nicht bewahrheitet. Das Budget konnte sogar um



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

den stattlichen Betrag von 420'000 Franken unterschritten werden. Es werden dem aufmerksamen Leser aber auch nützliche Informationen über die geänderten Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe gegeben. Diese Art der Darstellung in einem Geschäftsbereich als gutes Beispiel der Information. Besonderer Hinweis im Geschäftsbericht auf Stadtentwicklung, Stadtmarketing und E-Voting, letzteres eine besonders hervorstechende Leistung der Stadt."

Die FDP-Fraktion beantragt gemäss **Willy Wüthrich** einstimmig, den Geschäftsbericht 2005 zu genehmigen.

Der Gemeinderat **beschliesst** einstimmig:

1. Der Geschäftsbericht 2005 wird genehmigt.
2. Mitteilung an Stadtrat.

Traktandum 3

Jahresrechnung 2005

Die Vorsitzende gibt folgenden Ablauf zur Jahresrechnung 2005 bekannt:

Einleitung

1. Erläuterungen aus Sicht des Stadtrates zur Jahresrechnung 2005
2. Gesamtüberblick RPK-Präsident zur Jahresrechnung 2005 (Produktgruppenrechnung und Finanzbuchhaltung)
3. Fraktionserklärungen zur Jahresrechnung 2005

Produktgruppenrechnung

4. Detailberatung, kapitelweise

Finanzbuchhaltung

5. Laufende Rechnung
6. Investitionsrechnung
7. Schlussabstimmung Jahresrechnung 2005
8. Änderungsanträge zu den Wirkungszielen



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Stadtrat Walter Baur präsentiert verschiedene Kennzahlen zur Rechnung 2005 mit Vergleichen zu den Vorjahren. Dazu wird auf die Folien Nr. 1 – 18 (Beilage Nr. 1 -3 zum Protokoll) verwiesen.

RPK-Präsident Alfred Schmid erklärt, das Prüfungsverfahren sei nur möglich gewesen dank der vorbildlichen Hilfe, Kompetenz und Auskunftsbereitschaft des Kaders der Verwaltung. Die RPK habe die Rechnung geprüft und beantrage einstimmig, diese zu genehmigen. Zur aktuellen Finanzsituation der Stadt Bülach, abgeleitet von der Rechnung 2005, macht er folgende Aussagen:

- **Abschlüsse der letzten Jahre:**
kumuliert 2001 – 2005: positiv
- **Abschluss 2005:**
Überschuss – Finanzlage trotzdem unverändert
- **Verwaltungsvermögen:**
hoher Bilanzwert – kein Spielraum für zusätzliche Abschreibungen
- **Eigenkapital:**
stagniert (tiefer als 1999) 29,7 %
- **Selbstfinanzierungsgrad:**
verschlechtert sich, weil Investitionen nicht aus Cashflow gedeckt werden können
- **Nettovermögensquote:**
knapp tragbar
- **Steuerfuss (politische Gemeinde):**
seit 2000 gleich hoch. Gemäss den Grundsatzbeschlüssen aus dem Jahr 2002 wäre der Steuerfuss mittelfristig auf das kantonale Mittel zu reduzieren. Die Reduktion müsste gemäss den damaligen Absichtserklärungen des Gemeinderates heute ein Thema sein.

Aus diesen Eckwerten zur Finanzsituation seien folgende Schlüsse zu ziehen: Die Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt Bülach habe nach wie vor hohe Priorität. Diese Zielsetzung sei sowohl in den Legislaturzielen des Stadtrates als auch im Finanzplan zu berücksichtigen. Massnahmen:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

- Reduktion Kosten
- Keine Neuverschuldung (Investitionen aus Cashflow realisieren)
- Neue Steuereinnahmen generieren (Stadtmarketing)
- Einbezug Kreisgemeinden für überregionale Investitionen (und zwar rechtzeitig)

Fraktionserklärungen

Milos Alincic dankt der Verwaltung für die Arbeit. Der Ertragsüberschuss von gut 500'000 Franken sei auf die gestiegenen Vermögenserträge zurückzuführen. Das Ergebnis gebe keinen Grund zur Entwarnung. Die Ausgaben müssten nach wie vor im Auge behalten werden. Ein Leistungsausbau dürfe nicht erfolgen. Die SVP-Fraktion sei für Eintreten.

Willy Wüthrich meint, auch wenn die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss abschliesse, fordere die FDP-Fraktion den Stadtrat und die Verwaltung auf, mit den Mitteln haushälterisch umzugehen, habe es doch zum Teil massive Budgetabweichungen gegeben. Speziell treffe es jene Aufgaben, die weder vom Bund noch vom Kanton delegiert wurden, bei denen also Bülach freie Hand hatte. Einnahmen aus Steuerausständen, wie in den vergangenen Jahren, gehörten der Vergangenheit an. Solche Ereignisse würden ab 2006 nicht mehr eintreffen. Die Fraktion sei für Eintreten und beantrage Abnahme der Rechnung.

Jakob Briner erklärt, die EVP-Fraktion freue sich über den Ertragsüberschuss, man sei sich aber der besonderen, einmaligen Situation bewusst. Noch sei kein Silberstreifen am Horizont zu sehen. Im Gegensatz zum Vorredner und zum RPK-Präsidenten sei er der Meinung, dass es nicht einfach nur auf eine Reduktion der Kosten hinauslaufen dürfe. Es sei wichtig, dass es der Stadt finanziell gut gehe. Mehr Solidarität und weniger Egoismus seien gefragt. Wer etwas brauche und nicht habe, dürfe nicht einfach die hohle Hand machen. Wer aber zuviel habe, müsse realisieren, dass es für den Erhalt des sozialen Friedens wichtig sei, jenen mehr zu geben, die sich selber nicht helfen können. Es gebe Situationen, wo der Staat diese Rolle übernehmen müsse. Wolle man, dass es Bülach gut gehe, müsse man Aufgaben, welche nur die Stadt wahrnehmen könne, weitertragen und nicht abbauen. Die EVP-Fraktion werde der Rechnung zustimmen.

Fritz Münger anerkennt namens der SP-Fraktion, dass man sich um einen guten Abschluss bemüht und die Ausgaben im Rahmen gehalten habe. Man müsse dies auch künftig tun, indem man diskutiere, welche Leistungen sinnvoll seien und welche nicht. Man habe zwar zwei, drei gute Jahre gehabt, doch das strukturelle Problem von Bülach bleibe. Man werde weiterhin auf den Steuerkraftausgleich angewiesen sein. Man solle realistisch bleiben und nicht euphorisch werden.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Mike Bader führt folgendes aus: „Die Rechnung 2005 schliesst besser ab als erwartet. Das ist sehr schön. Dass es so herauskam hat einerseits mit dem meist wirklich sparsamen Arbeiten der Verwaltung und des Stadtrates zu tun, dafür unseren besten Dank. Andererseits hat es u.a. auch mit Zufall zu tun, davon ist die Rechnung 2005 nämlich auch geprägt:

- höhere übrige Steuererträge/Vermögenserträge,
- höhere Erträge aus Gewinnbeteiligung der ZKB und
- weiterhin tiefe Investitionstätigkeit.

Tatsache ist, dass die ordentlichen Steuererträge tiefer sind als budgetiert, dies übrigens nicht zum ersten Mal. Längerfristig können auch die Ausgaben nicht weiter gesenkt werden, ausser wir bauen Leistungen ab. Auch eine Steuerfussreduktion ist vor diesem Hintergrund illusorisch. Will Bülach aber weiterhin einen Zentrumsanspruch wahrnehmen und zentralörtliche Leistungen anbieten, müssen wir schauen, wie wir die Steuererträge nachhaltig steigern können. Eine Lösung wäre ein höherer Steuerfuss. Dieser Vorschlag wird aber in Bülach in absehbarer Zeit kaum mehrheitsfähig sein. Wichtig wäre aber, den Mittelstand in Bülach zu halten resp. nach Bülach zu locken. Dies ist aber nicht durch eine ungebrochen hohe Bautätigkeit oder Einkaufsläden en masse getan. Dazu braucht es neue Lösungen. Mit Sparen allein kommen keine neuen Mittelständler. Viel wichtiger wären Investitionen in Lebensqualität und dazu gehören:

- Grünflächen und Erholungsgebiete
- Förderung des Langsamverkehrs
- Kinderbetreuung

Nur so wird Bülach neue Steuereinnahmen generieren können und nur so wird Bülach mittelfristig weiterhin ausgeglichene Rechnungen ausweisen können. Denn mit nur Sparen werden die gehen, die gehen können, und dies sind genau die guten Steuerzahler.“

Detailberatung

Produktgruppenrechnung

Kapitel 1 Bau und Umwelt

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. der Vorkostenstellen 021, 022 und 024 einstimmig ge-
nehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Kapitel 3 Sport, Jugend und Veranstaltungen

Milos Alincic, Präsident Fachkommission IV, vermerkt zum SJ-1 die guten Jahreszahlen. Die Sachkosten seien viel tiefer als budgetiert, die Personalkosten etwas höher, ebenso der Ertrag.

Das Kapitel wird inkl. der Vorkostenstellen 301, 340, 341, 342 und 543 einstimmig genehmigt.

Kapitel 4 Einwohner und Sicherheit

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. der Vorkostenstellen 100, 102, 110, 140, 150 und 160 einstimmig genehmigt.

Kapitel 5 Finanzen

RPK-Präsident Alfred Schmid meint, die qualitativen Wirkungsziele, die nicht kontrolliert werden könnten, müsse man in Zukunft überdenken.

Das Kapitel wird inkl. der Vorkostenstellen 025 und 026 einstimmig genehmigt.

Kapitel 6 Soziales und Gesundheit

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. der Vorkostenstellen 541 und 586 einstimmig genehmigt.

Kapitel 7 Städtische Betriebe

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. der Vorkostenstelle einstimmig genehmigt.

Kapitel 8 Land- und Forstwirtschaft

Das Kapitel wird diskussionslos und einstimmig genehmigt.

Kapitel 9 Management Dienste

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. der Vorkostenstellen 300 und 840 einstimmig genehmigt.

Finanzbuchhaltung

Laufende Rechnung

Die Kapitel 0 – 9 der laufenden Rechnung werden diskussionslos und einstimmig genehmigt.

Investitionsrechnung

Die Kapitel 0 – 9 der Investitionsrechnung werden diskussionslos und einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Der Gemeinderat **beschliesst** einstimmig:

1. Die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen des politischen Gemeindegutes 2005, inkl. Produktgruppenrechnung für die WoV-Bereiche I - III werden genehmigt. Es wird festgestellt, dass
 - die laufende Rechnung bei Fr. 87'438'637.97 Ertrag und Fr. 86'904'338.58 Aufwand mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 534'299.39 abschliesst;
 - bei Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen von Fr. 10'651'094.35,
 - einnahmen von Fr. 313'254.40 die Nettoinvestition Fr. 10'337'839.95 beträgt;
 - die Nettoveränderung im Finanzvermögen beträgt Fr. - 345'507.00;
 - die Bilanz Aktiven und Passiven von Fr. 138'957'507.83 aufweist;
 - durch den Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung hat sich das Eigenkapital von Fr. 40'799'241.92 auf Fr. 41'333'541.31 erhöht.

2. Mitteilung an:
 - a) Stadtrat
 - b) Finanzabteilung

Änderungsanträge zu den Wirkungszielen

Die RPK beantragt zu den Wirkungszielen in FI-3 folgendes:

Die qualitativen Wirkungsziele

- „Kompetente Information und Beratung der Steuerpflichtigen“ und
- „Kundenfreundlichkeit im Umgang mit Steuerpflichtigen“

sind nicht kontrollierbar. Der RPK ist ein Vorschlag zu unterbreiten, wie diese Wirkungsziele künftig nachvollzogen werden können.

RPK-Präsident Alfred Schmid begründet, eine Zielsetzung sei immer eine quantitative Vorgabe. Um das Wirkungsziel kontrollieren zu können, müsste jedem Steuerpflichtigen ein Fragebogen mitgegeben werden. Sich alleine nur auf allfällige Fehler bei der Einschätzung zu beziehen, sei keine genügende Grundlage. Information und Kundenfreundlichkeit an Fehlern zu messen sei für das Wirkungsziel nicht ableitbar. Man müsse sich überlegen, wie man vom Kunden am Schalter erfahren könne, ob er zufrieden sei mit der Auskunft oder nicht. Dies sei heute nicht nachvollziehbar.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Mike Bader präzisiert, dass es darum gehe, ein neues Wirkungsziel oder Indikatoren zu präsentieren.

Matthias Schwank beantragt, die RPK solle *gemeinsam* mit dem Stadtrat etwas ausarbeiten und dem Gemeinderat vorlegen.

Fritz Münger unterstützt den Vorredner.

In der Abstimmung wird der Antrag von Matthias Schwank mit 17 zu 6 Stimmen, bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Fachkommission I stellt zu BA-3 folgenden Antrag:

Der Fachkommission I werden alle oder keine Liegenschaften des Verwaltungsvermögens zugeteilt. Die Liegenschaften werden in Grund- und Mieterausbau gesplittet, wobei der Mieterausbau bei den entsprechenden Fachkommissionen bleibt.

Fritz Münger, Präsident Fachkommission I, will damit Klarheit schaffen. Heute sei es beispielsweise so, dass die Fachkommission IV bei der Hirslen und Stadthalle die bauliche und politische Prüfung mache, die RPK prüfe das Finanzielle. Bei der Schule hingegen mache die Fachkommission II die politische Beurteilung, Schulbauten würden der Fachkommission I übergeben und die RPK mache noch die finanzielle Prüfung. Dies sei inkonsequent. Entweder prüfe die Fachkommission I bei allen Geschäften den baulichen Teil – mit der Konsequenz, dass immer drei Kommissionen in ein Geschäft involviert seien – oder aber jede Kommission prüfe auch die Bauten in ihrem Bereich. Die Fachkommission I sei für Variante 2.

Matthias Schwank spricht sich namens der Fachkommission II dezidiert gegen die Variante „keine Liegenschaften“ aus. In seiner Kommission sehe man sich nicht in der Lage, die bauliche Prüfung vorzunehmen, zumal dies sehr selten vorkomme und es dann sehr grosse Projekte seien. Mit dem Antrag „alle Liegenschaften“ könne er leben. Die Lösung sei besser, denn in der Fachkommission I seien Leute, die vom Bauen etwas verstünden. Es wäre seiner Ansicht nach fahrlässig, Variante 2 zuzustimmen.

Mike Bader erinnert, dass der Grundgedanke von WoV sei, ein Produkt ganzheitlich zu beurteilen und man wisse, was es koste. Es sei wichtig, dass eine Fachkommission den Überblick über das Produkt habe und ihr Wissen und ihre Kompetenzen ausbaue. Es wäre falsch, dem Antrag der Fachkommission I zuzustimmen, denn die Kommission habe sich Fachkompetenz aufgebaut. Entscheidend sei eine klare Kompetenzen- und Aufgabenregelung. Die Präsidentenkonferenz müsse



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

sagen, wer welche Kompetenzen habe bei Geschäften mit Liegenschaften. Er mache beliebt, dem Antrag „alle Liegenschaften“ zustimmen.

Für **Milos Alincic** macht es keinen Sinn, wenn drei Fachkommissionen ein Geschäft prüfen. Dies wäre lächerlich unter WoV. Die Qualität werde dadurch nicht besser. Wenn die Fachkommission II nicht in der Lage sei, Baugeschäfte zu beurteilen, solle es bleiben wie es ist.

Stephan Blättler widerspricht Milos Alincic. Das Fachwissen gehe vor. Es sei nicht schlimm, wenn drei Kommissionen am Geschäft beteiligt seien, wenn es dafür das Prädikat „Geprüft“ erhalte und nicht nur „Angeschaut“. Gerade bei kostenintensiven Bauten sei Baufachwissen nötig.

Edith Planta wäre mit dem Zusatz „in der Regel“ glücklich und stellt einen entsprechenden Antrag. Damit könne man sich absprechen und ein Baugeschäft der Fachkommission I übergeben, wenn man es in der eigenen Fachkommission nicht machen könne.

Stefan Schnegg fände es schade, wenn drei Kommissionen in ein Geschäft involviert wären. Man wolle ja speditiv arbeiten. Obschon er bereits die zweite Amtsdauer in der Fachkommission I sei, habe er sich als Bürolist keine spezielle Kompetenz als Baufachmann erarbeitet.

Daniela Gehring bemerkt, dass innerhalb eines Jahres schon das dritte Mal über den Antrag verhandelt werde. Man habe die Thematik unter den Fachkommissionspräsidenten eingehend diskutiert gehabt und man sei zum Schluss gelangt, es so laufen zu lassen.

Der Ergänzungsantrag von Edith Planta wird in der Abstimmung abgelehnt.

Abstimmung über die Hauptanträge:

1. Abstimmung

Beibehalten Ist-Zustand	4 Stimmen
Alle Liegenschaften des WV bei der FK I	13 Stimmen
Keine Liegenschaften des WV bei der FK I	5 Stimmen

2. Abstimmung (da im ersten Durchgang das absolute Mehr nicht erreicht worden ist)

Alle Liegenschaften des WV bei der FK I	14 Stimmen
Keine Liegenschaften des WV bei der FK I	9 Stimmen



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Somit wird mit 14 zu 9 Stimmen beschlossen, alle Liegenschaften des Verwaltungsvermögens der Fachkommission I zuzuteilen.

Die Fachkommission I beantragt, beim Wirkungsziel SJ-2 das Wort „Ferienpass“ zu streichen. **Matthias Schwank, Präsident Fachkommission II**, erinnert, dass der Gemeinderat im Dezember 2004 die finanziellen Mittel für den Ferienpass nicht mehr bewilligte, das Wirkungsziel sei jedoch nie angepasst worden. Dies sei inkonsequent. Eine Kommissionsminderheit finde jedoch, man solle das Wirkungsziel beibehalten, man könne den Ferienpass in Zukunft wieder durchführen. Dann müsste man aber auch die finanziellen Mittel wieder zur Verfügung stellen.

Mit 13 zu 11 Stimmen, bei einer Enthaltung, wird beschlossen, das Wort „Ferienpass“ aus dem Wirkungsziel zu streichen.

Die Fachkommission IV beantragt bei SJ-4 folgende Änderungen:

- a) *Organisation und Durchführen von für Marktfahrer und Kunden attraktiven Märkten, Messen und Börsen. – Streichung von „für Marktfahrer“.*
- b) *Erstellen von Konzepten und Organisation von Anlässen zur Steigerung der Attraktivität der Stadt Bülach als Messe, Markt- und Veranstaltungsort. – Streichung von „und Organisation“.*

Milos Alincic, Präsident Fachkommission IV, will in erster Linie für Kunden attraktive Märkte, Messen und Börsen durchführen und nicht für Marktfahrer. Sei es für die Leute attraktiv, kämen die Marktfahrer automatisch. Mit Antrag b) wolle man bewirken, dass die Stadt nur noch die Infrastruktur zur Verfügung stelle, nicht aber selber als Organisatorin und Risikonehmerin auftrete.

Mike Bader möchte zu Antrag b) wissen, welche Anlässe nicht mehr durchgeführt würden und wie viel damit eingespart werde. Zudem interessiere ihn, ob der Stadtrat mit der Streichung einverstanden sei.

Milos Alincic kann die Einsparungen nicht beziffern, seines Wissens gehe es um den Weihnachtsmarkt, dort sei die Stadt auch Organisatorin.

Für **Stadtpräsident Walter Bosshard** ist es unbedeutend, ob das Wort „Organisation“ gestrichen wird. Werde man seitens der Stadt für einen Anlass angefragt, organisiere man ihn.

Der Antrag hat gemäss **Milos Alincic** seine Ursache im Betrieb der Stadthalle vor zwei Jahren. Man wolle nicht mehr, dass die Stadt auf eigenes Risiko Anlässe organisiere, sondern nur noch Infrastrukturgeberin sei.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Mike Bader will wissen, ob die Stadt z.B. bei den Dienstagnachmittagsmärkten als Veranstalterin auftrete und ob diese Märkte dann nicht mehr stattfinden würden.

Stadtpräsident Walter Bosshard erklärt, dass der Weihnachtsmarkt unter der Ägide der Stadt in Zusammenarbeit mit der Gruppe Altstadt durchgeführt werde.

Für **Esther Caviola** ist es klar: Bei lit. a) stehe, was der Stadtrat weiterhin organisiere und lit. b), wo es um Veranstaltungen gehe, besage, dass die Stadt nicht als Organisatorin auftrete.

Milos Alincic beantragt, dass der im Saal anwesende Daniel Spühler, Bereichsleiter Messen, Märkte, Veranstaltungen, für Auskünfte beigezogen werde.

Diesem Antrag wird zugestimmt.

Daniel Spühler bestätigt, dass man nicht z.B. Organisator der Büli-Messe oder von Künstler-Events werden wolle. Man stelle bei Anlässen nur die Infrastruktur zur Verfügung. Deshalb solle das Wort „Organisation“ herausgenommen werden.

Stadtpräsident Walter Bosshard sieht die Differenz darin, dass die Stadt keine Anlässe organisiert. Gehe es aber darum, organisatorische Aufgaben zu übernehmen, z.B. den Marktfahrern zu zeigen, wo die Marktstände hinzustellen seien, dann gehöre es hinein.

Walter Fehr sieht es wie Esther Caviola. In Antrag a) sei die Organisation und Durchführung enthalten. Dort betreibe die Stadt nach wie vor die Organisation. Aber bei Antrag b) übernehme sie keine Veranstaltungen. Für ihn sei es klar.

Heinz Kousz stellt den Ordnungsantrag, jetzt abzustimmen. Bei Punkt b) solle man sich vergegenwärtigen, dass die Stadt die Organisation – im Sinne von Unterstützung – machen müsse aber nicht als Organisatorin von Events auftrete.

Esther Caviola ruft die Interpellationsantwort des Stadtrates in Erinnerung: Zum Konzept schreibe der Stadtrat, dass das Organisieren von Events nicht mehr dazu gehöre. Genau das werde mit der Streichung von „Organisation“ vollzogen.

Der Ordnungsantrag von Heinz Kousz wird angenommen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

In der Abstimmung wird dem Antrag a) der Fachkommission IV mit 23 zu 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Antrag b) der Fachkommission IV wird mit 20 zu 4 Stimmen, bei 1 Enthaltung angenommen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Stadtrat und RPK haben gemeinsam einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die qualitativen Wirkungsziele bei FI-3
 - „Kompetente Information und Beratung der Steuerpflichtigen“ und
 - „Kundenfreundlichkeit im Umgang mit Steuerpflichtigen“künftig nachvollzogen werden können.
2. Der Fachkommission I werden alle Liegenschaften des Verwaltungsvermögens zugeteilt. Die Liegenschaften werden in Grund- und Mieterausbau gesplittet, wobei der Mieterausbau bei den entsprechenden Fachkommissionen bleibt.
3. Das Wort „Ferienpass“ wird aus dem Wirkungsziel bei SJ-2 gestrichen.
4. Beim Wirkungsziel „Organisation und Durchführen von für Marktfahrer und Kunden attraktiven Märkten, Messen und Börsen“ (SJ-4) wird „für Marktfahrer“ gestrichen.
5. Beim Wirkungsziel „Erstellen von Konzepten und Organisation von Anlässen zur Steigerung der Attraktivität der Stadt Bülach als Messe, Markt- und Veranstaltungsort“ (SJ-4) wird „und Organisation“ gestrichen.
6. Mitteilung an:
 - a) Stadtrat
 - b) Finanzabteilung



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Traktandum 4

Rücklagen und Rückstellungen 2005

RPK-Präsident Alfred Schmid erklärt, die Rückstellungen seien unbestritten, hingegen habe man zu den Rücklagen lange Diskussionen geführt. Der Entscheid sei aber klar zugunsten des stadträtlichen Antrags ausgefallen, aus denselben Gründen, wie sie der Stadtrat darlege.

Stadtrat Walter Baur bemerkt, Rücklagen seien ein Grundgedanke von WoV, um gute Leistungen zu belohnen. Der Stadtrat erachte ein Anreizsystem weiterhin als sinnvoll, doch die WoV-Option der Rücklagen habe sich im Test als untauglich erwiesen. Rücklagen seien nicht praktikabel. Der Stadtrat suche bereits für den Voranschlag 2007 nach anderen Lösungen.

Mike Bader führt aus: „Der Stadtrat will keine Rücklagen, aus welchen Gründen auch immer. Deshalb hat es einen Auftrag der Fachkommission IV resp. des Gemeinderates gebraucht, dass ein Antrag für Rücklagen vorgelegt wurde. Wir zweifeln daran, ob der Vorschlag zu den Rücklagen ernsthaft diskutiert wurde. Trotzdem wird versucht, uns weiss zu machen, dass es fast unmöglich sei, solche Rücklagen zu berechnen. Und nun tappt der Gemeinderat einfach so in die Falle und beerdigt das Kapitel Rückstellungen nach dem ersten halbherzigen Versuch. Dies, obwohl Rücklagen als ein ganz zentrales Element von WoV angepriesen wurde. Deshalb beantragt die Grüne Fraktion folgende Änderung betreffende Rücklagen:

1. *Auf Rücklagen (positiv wie negativ) aus dem Rechnungsjahr 2005 ist zu verzichten.*
2. *Der Stadtrat stellt sicher, dass aus der Rechnung 2006 Rücklagen und Rückstellungen erfolgen werden.*

Es ist wichtig, dieses Instrument seriös auszutesten und erst dann zu entscheiden. Oder haben wir WoV auch gleich bei den ersten kleinen Problemen beerdigt? Nein. Wieso nicht? Weil der Stadtrat dafür gekämpft hat. Und sind wir ehrlich, gegen die bisherigen Probleme bei der Einführung von WoV sind die Rücklagen nur ein Pappenstiel.“

Stefan Schnegg erklärt, man habe in der EVP-Fraktion den Antrag mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Man habe aber auch gemerkt, dass schwierig zu unterscheiden sei, welche Ergebnisverbesserungen aufgrund von Rahmenbedingungen und welche aufgrund guter Leistungen der Mitarbeiter zustande gekommen seien. Vielleicht müsse man weg von der monetären Belohnung kommen und stattdessen z.B. alle Jahre ein Produkt speziell auszeichnen, bei dem besonders gut gearbeitet wurde.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Stephan Blättler führt aus: „Die SVP Fraktion ist mehrheitlich für den Antrag des Stadtrates, nur Rückstellungen und keine Rücklagen zu bilden. Zum Verzicht auf Rücklagen: Im ersten Moment waren wir enttäuscht darüber, dass der Stadtrat diesen Antrag stellt, oder sagen wir besser, stellen muss. Das System der Rücklagen wurde uns immer als ein Vorteil von WoV gepriesen. Mit ihm sollte unternehmerisches Denken nicht nur gefordert, sondern auch tatsächlich belohnt werden. Umgekehrt sind wir uns auch bewusst, dass Anreizschemen je nach Umständen nicht nur nichts nützen, sondern sogar schaden. Schaden können sie vor allem, wenn die Möglichkeiten, davon zu profitieren, sehr unterschiedlich sind. Die Stadt Bülach ist eine Arbeitgeberin und als solche zu Lohngerechtigkeit unter ihren Angestellten verpflichtet. Dazu gehört auch, dass für alle gleiche Chancen zur Rücklagenbildung bestehen. Dies setzt einerseits voraus, dass überall Globalbudgets bestehen und andererseits, dass diese Globalbudgets sich bis zu einem gewissen Grad bewährt haben. Momentan ist das offensichtlich noch nicht gewährleistet, weil in wichtigen Bereichen noch gar keine Globalbudgets bestanden. Deshalb unterstützen wir den Antrag des Stadtrates zum heutigen Zeitpunkt. Wir fordern den Stadtrat aber auch auf, die Bildung von Rücklagen wieder zu prüfen, wenn sich die erforderliche Zuverlässigkeit sämtlicher Globalbudgets eingestellt hat.“

Fritz Münger vermeldet, dass auch die SP-Fraktion den stadträtlichen Antrag unterstütze.

Namens der grossen Mehrheit der FDP-Fraktion spricht sich auch **Priska Studer-Hinnen** für den Stadtratsantrag aus.

Abstimmungen

Der Änderungsantrag der Grünen-Fraktion wird mit 17 zu 7 Stimmen, bei einer Enthaltung abgelehnt.

Der stadträtliche Antrag auf Bildung von Rückstellungen in der Höhe von 85'000 Franken wird mit 24 Ja-Stimmen gutgeheissen.

Der stadträtliche Antrag, auf Rücklagen (positiv wie negativ) zu verzichten, und zwar für das Rechnungsjahr 2005 wie auch in Zukunft, wird mit 14 zu 7 Stimmen, bei 4 Enthaltungen angenommen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Der Gemeinderat **beschliesst** mit 24 Ja-Stimmen:

1. Aus dem Rechnungsjahr 2005 werden Rückstellungen gemäss Tabelle in der Höhe von 85'000 Franken gebildet. Die Verbuchung erfolgt pro Produktegruppe in der Jahresrechnung 2006.
2. Auf Rücklagen (positiv wie negativ) wird – für das Rechnungsjahr 2005 wie auch in Zukunft – verzichtet.
3. Mitteilung an den Stadtrat

Auf Antrag von **Peter Fehr** wird die Sitzung an dieser Stelle für eine 15-minütige Pause (21.00 – 21.15 Uhr) unterbrochen.

Traktandum 5

Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates

Die Vorsitzende führt aus, dass fristgerecht Änderungsanträge der Grünen Partei zu den Grundsatzbeschlüssen eingegangen seien. Zudem werde die SP-Fraktion noch mit einem Änderungsantrag kommen.

Jakob Briner beantragt, das Geschäft zu verschieben, weil ihm der Antrag der SP-Fraktion nicht bekannt sei. Die Grundsatzbeschlüsse seien zu wichtig, um aus dem hohlen Bauch heraus darüber zu diskutieren.

Mike Bader unterstützt den Antragsteller und merkt an, der Gemeinderat könne nur arbeiten, wenn sich die Fraktionen an die Terminvorgaben hielten. Er hoffe nicht, dass die Entwicklung so weitergehe. Das Verschieben müsse eine Ausnahme bleiben.

Esther Caviola bemerkt, man habe an der letzten Sitzung Anträge gestellt gehabt, dann sei das Geschäft verschoben worden.

Dem Antrag auf Verschieben der Grundsatzbeschlüsse auf die Oktobersitzung wird mit 20 zu 2 Stimmen, bei 2 Enthaltungen zugestimmt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Traktandum 6

Stadthalle Allmendstrasse 8 – Erneuerungsarbeiten (5. Sanierungsetappe) – Kredit von 795'000 Franken

Für die Fachkommission IV referiert **Milos Alincic**:

Auf Grund eines Grundsatzentscheides des Stadtrates im Jahr 1999 wird die Strategie „Kleine Messen und Kulturzentrum im Zürcher Unterland“ verfolgt. In bisher drei Etappen wurden feuerpolizeiliche und sicherheitstechnische Massnahmen in der Stadthalle umgesetzt. In der vierten Etappe wurden Akustik, Trennung des Saales mittels Vorhang, provisorische Verstärkung der Stromzufuhr und verschiedene Malerarbeiten ausgeführt. Im Februar 2005 wurde von einem Architekten eine Zustandsanalyse mit Massnahmenkatalog und Grobkostenschätzung erstellt. Für eine vollständige Sanierung und Erneuerung wäre mit folgenden Kosten zu rechnen:

Gebäudehülle	Fr.	425'000
Haustechnik	Fr.	505'000
Verbesserung Infrastruktur	Fr.	1'320'000
Planer etc.	Fr.	<u>270'000</u>
Total geschätzte Baukosten	Fr.	2'520'000

Geplante Massnahmen der 5. Etappe

- Renovation Sitzungszimmer 1. OG
- Sanierung Lüftung Küche, Einbau WR
- Verstärkung Elektrohauptanschluss und Ersatz Elektro HV
- Teilsanierung Foyer und Eingangsbereich
- Teilneumöblierung
- Ersatz Saalbeleuchtung

Kosten gemäss Architekt, Preisstand April 2005

Gebäude	Fr.	650'500
Baunebenkosten	Fr.	24'500
Reserve	Fr.	40'000
Ausstattung	Fr.	<u>80'000</u>
Total Baukosten nach BKP	Fr.	795'000



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Kapitalfolgekosten

Abschreibung und Verzinsung: 10 %, somit im ersten Jahr	Fr.	79'500
betriebliche Folgekosten: 2% der Bruttoanlagekosten	Fr.	15'900
Personelle Folgekosten	Fr.	<u>0</u>
Total Folgekosten	Fr.	95'400

Es sind keine Subventionsbeiträge zu erwarten.

Die Fachkommission IV hat das Geschäft geprüft und kommt zu folgenden Schlüssen:

Grundsätzliches

Die Fachkommission IV stützt sich auf die Antworten des Stadtrates zur Interpellation Stadthalle. Sie erwartet in zwei bis drei Jahren ein Konzept zur Stadthalle unter Berücksichtigung allfälliger neuer Anlagen (z.B. Hagenbuchen, etc). Sie geht bis dann davon aus, dass die Stadthalle bis 2014 stehen bleibt. Es sind daher nur werterhaltende Arbeiten resp. Investitionen zu tätigen, die sich bis 2014 rechnen.

Verschiedenes

Ein Teil der Fachkommission IV hat sich vor Ort überzeugt, dass verschiedene Unterhaltsarbeiten anstehen, die unbedingt ausgeführt werden sollten. So ist die Verstärkung des Elektrohauptanschlusses (heute ein prov. Kabel) und die Anpassung der Elektrohauptverteilung unbedingt notwendig, ebenso die Sanierung undichter Fenster im Sitzungszimmer 1. OG. Auch die Umrüstung der bestehenden Saalbeleuchtung auf elektronische Vorschaltgeräte macht Sinn und ist in drei bis vier Jahren amortisiert. Das grosse Foyer lässt sich aus feuerpolizeilichen Gründen (Fluchtweg) schlecht nutzen. Durch teilweise mobile Wände kann dieser neue Raum je nach Bedarf als Garderobe, Sitzungszimmer oder bei grösseren Veranstaltungen als Büro genutzt werden. Zudem werden verschiedene kleinere Arbeiten anfallen. Die Fachkommission IV ist der Meinung, dass für die 5. Sanierungsetappe ein Kreditrahmen von Fr. 650'000.00 unter Anpassung der Teuerung ausreicht. Sie überlässt es im Sinne der Globalbudgets den Ressortverantwortlichen, welche Kürzungen sie vornehmen wollen, z.B. Teilmöblierung, Renovation Sitzungszimmer, etc. Der Schwerpunkt der Sanierung muss bei der Werterhaltung liegen. Zudem hat der Gemeinderat bereits in seiner Budgetsitzung vom 12. Dezember in der Investitionsrechnung einen Betrag von Fr. 650'000.00 vorgesehen. Die Fachkommission IV stellt folgenden Änderungsantrag zum stadträtlichen Antrag:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Für die Erneuerungsarbeiten betreffend der Liegenschaft Allmendstr. 8 – Stadthalle – wird zulasten der Investitionsrechnung (Konto 090.5030.33) ein Kredit von Fr. 650'000 bewilligt. Mit diesem Kredit sind primär werterhaltende Arbeiten auszuführen. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die in der Zeit zwischen Aufstellung des Kostenvoranschlages (Index April 2005) und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung.

Folgekosten neu

Kapitalfolgekosten: 10 %, im ersten Jahr somit	Fr.	65'000
betriebliche Folgekosten: 2% der Bruttoanlagekosten	Fr.	<u>13'000</u>
Total Folgekosten	Fr.	78'000

Beat Guyer erklärt, die RPK habe das Geschäft ebenfalls geprüft. Am 12. Dezember 2005 habe der Gemeinderat nur einem Betrag von 650'000 Franken zugestimmt. Aus diesem Grunde könne die RPK den 795'000 Franken nicht zustimmen. Sie beantrage Rückweisung.

Stadtpräsident Walter Bosshard teilt in Vertretung von Stadtrat Jürg Hintermeister mit, dass der Stadtrat mit einer Reduktion auf 650'000 Franken einverstanden sei. Man habe das Geschäft im Stadtrat nochmals eingehend diskutiert.

Eintretensdebatte

Die SVP-Fraktion unterstützt laut **Bruno Basler** den Antrag der Fachkommission IV. Er fordere den Stadtrat auf, die Arbeiten so auszuführen, dass keine Nachtragskredite nötig werden.

Walter Fehr stellt fest, dass der Gemeinderat am 12. Dezember 2005 mit deutlicher Mehrheit den Kredit von 800'000 auf 650'000 Franken reduziert habe. Es sei unverständlich, dass gleichwohl eine Kreditvorlage unterbreitet wurde, die annähernd bei 850'000 Franken liege. Er erwarte vom Stadtrat mehr Fingerspitzengefühl und Respekt vor Gemeinderatsbeschlüssen. Die Fraktion werde dem reduzierten Betrag von 650'000 Franken zustimmen.

Mike Bader war ebenfalls erstaunt, als die Vorlage kam. Jetzt wo jedoch Einsicht herrsche, erübrigten sich weitere Ausführungen. Die Grüne-Fraktion sei für Eintreten und unterstütze den Antrag der Fachkommission IV.

Edith Planta führt aus: „Die EVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Fachkommission IV. Es ist ein legitimes Ziel, die Stadthalle in den nächsten Jahren weiterhin als Veranstaltungs- und Messe-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

lokal zu erhalten. Es müssen dabei aber auch die Immissionsprobleme mit der Anwohnerschaft im Auge behalten werden. Solange aber die Planung zur Stadtentwicklung (Projekt Hagebuchen) nicht soweit fortgeschritten ist, dass klar über die Rolle und Funktion, eventuell auch über den Standort der Stadthalle gesprochen werden kann, ist eine Sanierung der Stadthalle über den Stand von Unterhalt und absolut notwendigen Erneuerungsarbeiten nicht vertretbar. Sicher sollen Investitionen an elektrischen Installationen wie die Erneuerung der Saalbeleuchtung, welche sich energie- und kostensparend auswirken, gemacht werden. Ebenso müssen elektrische Anlagen auf den Stand der heutigen Normen angepasst werden. Fraglich hingegen ist, ob der Eingangsbereich/Foyer im angegebenen Umfang saniert werden muss. Es ist aber an der Exekutive, den bewilligten Betrag auf die notwendigen Arbeiten umzusetzen und das Projekt anzupassen. Der Gemeinderat hat sich im Budget 2005 klar für Investitionen in werterhaltendem Umfang im Betrag von Fr. 650'000 ausgesprochen. Daran halten auch wir fest und geben dem Antrag der Fachkommission IV gegenüber dem Rückweisungsantrag der RPK den Vorzug."

Daniela Gehring erklärt, die FDP-Fraktion sei ebenfalls für Eintreten und für den Antrag der Fachkommission IV mit 650'000 Franken.

RPK-Präsident Alfred Schmid ergänzt, die RPK habe auf dem Abschied signalisiert, dass sie einem allfälligen Kredit von 650'000 Franken zustimmen werde. Im Unterscheid zur Fachkommission IV habe sich die RPK für 650'000 Franken *inkl.* Teuerung ausgesprochen. Er stelle jedoch diesbezüglich keinen Änderungsantrag.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Antrag der Fachkommission IV einstimmig gutgeheissen.

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Für die Erneuerungsarbeiten betreffend der Liegenschaft Allmendstr. 8 – Stadthalle – wird zulasten der Investitionsrechnung (Konto 090.5030.33) ein Kredit von Fr. 650'000 bewilligt. Mit diesem Kredit sind primär werterhaltende Arbeiten auszuführen. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die in der Zeit zwischen Aufstellung des Kostenvoranschlages (Index April 2005) und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

2. Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Finanzierung des Bauvorhabens erforderlichen Mittel aufzunehmen.
4. Mitteilung an Stadtrat

Traktandum 7

Einbürgerungsgesuche

Die Vorsitzende erläutert den Ablauf wie folgt: Auf das Verlesen des Referentenberichtes wird bei befürwortenden und gleichlautenden Anträgen des Stadtrates und der Bürgerrechtskommission verzichtet, sofern aus dem Rat nicht Antrag auf Verlesen gestellt wird. Bei gegenteiligen oder ablehnenden Anträgen wird zur Wahrung des rechtlichen Gehörs der Bericht durch den/die Referenten/in der Bürgerrechtskommission verlesen.

Enthält der Referentenbericht Informationen, die den Persönlichkeitsschutz verletzen, bitte ich die Referenten, vor dem Verlesen ihres Berichtes, Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit zu stellen. Wird ein Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit gestellt, wird dieses Gesuch automatisch am Schluss des Traktandums behandelt, denn die Zuschauer müssen bereits bei der Diskussion über einen solchen Antrag den Saal verlassen. Der Ausschluss der Öffentlichkeit darf aber nur beantragt werden, wenn durch die öffentliche Behandlung des Einbürgerungsgesuches der Schutz der Privatsphäre der Gesuchsteller beeinträchtigt würde (z.B. Vermögensverhältnisse, familiäre Verhältnisse, Gesundheit), nicht aber bei Fragen zur Integration oder zu den Sprach- und Staatskundekenntnissen.

a) Kryeziu-Dzelilovic Enver und Zuhra, mit Mihrija und Mirsad (Serbien und Montenegro)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig:

1. Kryeziu, Enver und dessen Ehefrau Kryeziu geb. Dzelilovic, Zuhra sowie deren Kinder Kryeziu, Mihrija und Kryeziu, Mirsad, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Hochfelderstrasse 59b, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Ertei-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

lung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.

2. Mitteilung an:

a) Enver und Zuhra Kryeziu-Dzelilovic, Hochfelderstrasse 59b, Bülach

b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

b) Dodevski-Jakimovska Dimitar und Stojka (Mazedonien)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig:

1. Dimitar Dodevski und dessen Ehefrau Stojka Dodevska geb. Jakimovska, mazedonische Staatsangehörige, Zürichstrasse 41, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.

2. Mitteilung an:

a) Dimitar Dodevski und Stojka Dodevska, Zürichstrasse 41, 8180 Bülach

b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

c) Dimitrijevic-Bozinovic Miroslav und Zaga (Serbien und Montenegro)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig:

1. Dimitrijevic, Miroslav und dessen Ehefrau Dimitrijevic geb. Božinovic, Zaga, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Fabrikstrasse 6, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.

2. Mitteilung an:

a) Miroslav und Zaga Dimitrijevic-Božinovic, Fabrikstrasse 6, 8180 Bülach

b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

d) Morina Naim, mit Lorena und Dion (Serbien und Montenegro)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mehrheitlich:

1. Naim Morina sowie dessen Kinder Lorena Morina und Dion Morina, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Niederflachs 1, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 800.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
 - a) Naim Morina, Niederflachs 1, 8180 Bülach
 - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

e) Beganovic-Jukic Asima und Asmir, mit Adnan, Aida und Armina (Bosnien und Herzegowina)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mit 15 Ja zu 5 Nein-Stimmen, bei 5 Enthaltungen:

1. Asima Beganovic geb. Jukic und deren Ehemann Asmir Beganovic sowie deren Kinder Adnan Beganovic, Aida Beganovic und Armina Beganovic, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Feldstr.17, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
 - a) Asmir und Asima Beganovic, Feldstrasse 17, Bülach
 - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

f) Margaranovic-Jankovic Randjel und Ruzica, mit Dalibor (Serbien und Montenegro)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mit 19 zu 6 Stimmen:

1. Randjel Margaranovic und dessen Ehefrau Ruzica Margaranovic geb. Jankovic sowie deren Sohn Dalibor Margaranovic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Allmendstrasse 50, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
 - a) Randjel und Ruzica Margaranovic, Allmendstrasse 50, Bülach
 - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

g) Sipic Besim (Bosnien und Herzegowina)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig:

1. Besim Sipic, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger, Gringglenstrasse 13, Bülach, wird gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 800.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
 - a) Besim Sipic, Gringglenstr. 13, 8180 Bülach
 - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

h) Wang Jiansheng und Huang Xin (China)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig:

1. Wang Jiansheng und dessen Ehefrau Huang Xin, chinesische Staatsangehörige, Schwerzgruebstrasse 5, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr ge-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

mäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.

2. Mitteilung an:
 - a) Jiansheng Wang und Xin Huang, Schwerzgruebstrasse 5, 8180 Bülach
 - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

i) Altuntas-Ercan Sevket und Fatma, mit Bircan Merve, Büsra und Besir Erdem (Türkei)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig:

1. Sevket Altuntas und dessen Ehefrau Fatma Altuntas geb. Ercan sowie deren Kinder Bircan Merve Altuntas, Büsra Altuntas und Besir Erdem Altuntas, türkische Staatsangehörige, Lärchenstrasse 12, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
 - a) Sevket und Fatma Altuntas-Ercan, Lärchenstrasse 12, 8180 Bülach
 - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

j) Sener, Hakan (Türkei)

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig:

1. Sener, Hakan, türkischer Staatsangehöriger, Allmendstrasse 70, Bülach, wird gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 800.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

2. Mitteilung an:

a) Hakan Sener, Allmendstrasse 70, 8180 Bülach

b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

Traktandum 8

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Daniela Gehring hat folgende Fragen an den Stadtrat: „Die Oberstufenschulpflege hat eine Erhöhung der Ausgaben budgetiert. An der Oberstufen-Gemeindeversammlung ist diese Ausgabenerhöhung vom Stimmbürger bewilligt worden. Die budgetierten Mehrausgaben der Oberstufe entsprechen ca. einer Erhöhung von einem Steuerprozent für die Stadt Bülach. Fragen:

1. Hat der Stadtrat im Sinn, den Steuersatz als Ausgleich nach oben anzupassen?
2. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, um die Mehraufwendungen zu kompensieren?“

Stadtrat Walter Baur versteht die Unruhe, wenn über eine Steuerfusserhöhung geredet wird. Der Stadtrat behandle das Thema an seiner nächsten Stadtratssitzung, er werde die Fragen dem Gemeinderat an der Oktobersitzung beantworten.

Traktandum 9

Diverses

Informationen **der Vorsitzenden:**

- a) Der Bezirksrat hat am 30. Mai 2006 den Rekurs von Edileuza Dente-Nogueira da Silva betr. Nichteintreten auf ihr Einbürgerungsgesuch abgewiesen.
- b) Familie Hajdini-Musa hat gegen den ablehnenden Einbürgerungsentscheid des Gemeinderates vom 20. März 2006 Rekurs beim Bezirksrat eingereicht. Das GR-Büro hat inzwischen die Vernehmlassung erstattet, mit dem Antrag, den Rekurs abzuweisen.
- c) Vom Stadtrat beantwortete parlamentarische Vorstösse
Anfrage Claudio Schmid betreffend RAIZU
Antwort Stadtrat vom 12.07.2006 (SRB-Nr. 193); Beilage Nr. 4 zum Originalprotokoll



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 4. September 2006
Sitzung vom

Anfrage Andrea Spycher betreffend Kündigung Abfuhrvertrag

Antwort Stadtrat vom 12.07.2006 (SRB-Nr. 196); Beilage Nr. 5 zum Originalprotokoll

- d) Rechtskraft von Versammlungsbeschlüssen
Sämtliche Beschlüsse aus den Gemeinderatssitzungen vom 26. Juni 2006 sind rechtskräftig geworden.

Rechtsbelehrung

Die Vorsitzende verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 6. September 2006

Für die Richtigkeit:

Roger Suter, Ratssekretär

Geprüft:

Rosa Pfister-Kempf, Präsidentin

Heinz Kousz

1. Vizepräsident

Stefan Schnegg

2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Mitglieder des Stadtrates
- Stadtschreiberin
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretär
- Protokollsammlung